

**Antrag 82/I/2021****ASJ Landesvorstand****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Berlin wird Einbürgerungshauptstadt – Wir brauchen ein Einbürgerungszentrum in Berlin (EBZ)**

1 Die Mitglieder der SPD Fraktion des Abgeordnetenhaus  
2 ses von Berlin und die SPD Mitglieder des Senats von  
3 Berlin werden aufgefordert, umgehend die rechtlichen  
4 und organisatorischen Voraussetzungen zur Gründung ei-  
5 nes Einbürgerungszentrums in Berlin (EBZ) schaffen, in  
6 dem Einbürgerungsanträge und Feststellungen der deut-  
7 schen Staatsangehörigkeit zentral, schnell und im größte-  
8 rem Umfang bearbeitet werden.

9  
10 Zugleich soll durch eine Bundesratsinitiative das Staats-  
11 angehörigkeitsgesetz geändert werden, um Einbürgerun-  
12 gen zu erleichtern.

13

14

**15 Begründung**

16 Berlin ist die Einwanderungshauptstadt Deutsch-  
17 lands, inzwischen haben etwa 35 % der Bürgerinnen  
18 und Bürger Berlins einen Migrationshintergrund. Am  
19 31.12.2020 lebten von ca. 3,7 Mio Einwohner\*innen  
20 etwa 21% Ausländer\*innen ([https://www.statistik-berlin-  
21 brandenburg.de/publikationen/stat\\_berichte/2021/SB\\_A01-  
22 05-00\\_2020h02\\_BE.pdf](https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/publikationen/stat_berichte/2021/SB_A01-05-00_2020h02_BE.pdf)).

23

24 Viele verschiedene Menschen unterschiedlicher Nationa-  
25 litäten leben und arbeiten in Berlin und prägen die Viel-  
26 falt der Stadt. Trotzdem sind viele, die seit Jahren in Ber-  
27 lin leben oder hier geboren sind, aufgrund der fehlenden  
28 deutschen Staatsangehörigkeit nicht gleichberechtigt. Sie  
29 müssen regelmäßig zum Landesamt für Einwanderung,  
30 um eine Aufenthalts- oder Arbeitserlaubnis zu erhalten.  
31 Sie werden bei Wahlen von der demokratischen Mitwir-  
32 kung ausgeschlossen und haben aufgrund der fehlenden  
33 deutschen Staatsangehörigkeit im Alltag häufig Nachteile.  
34 le.

35

36 Obwohl viele einen Anspruch auf Einbürgerung geltend  
37 machen können, steht Berlin im Vergleich der Einbürge-  
38 rungen im bundesweiten Vergleich schlecht dar. Die Ein-  
39 bürgerungsquote, d.h. der Anteil der im Inland leben-  
40 den Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die  
41 eingebürgert werden, betrug in Deutschland im Jahr 2019  
42 nur 2,5 %. In Berlin beträgt die Quote trotz eines hohen An-  
43 teils an der Gesamtbevölkerung nur 1,94% (Zahlen 2019).

44

45 Damit schneidet Berlin im bundesweiten Vergleich  
46 schlecht ab. In Bayern (2,57%) werden deutlich mehr  
47 Menschen eingebürgert, in Hamburg (3,76%) in die  
48 Quote trotz vergleichbarer Struktur der Bevölke-

49 rung fast doppelt so hoch (vgl. [https://www.der-](https://www.der-paritaetische.de/schwerpunkt/migration/themen/einbuengerung/)  
50 [paritaetische.de/schwerpunkt/migration/themen/einbuengerung/](https://www.der-paritaetische.de/schwerpunkt/migration/themen/einbuengerung/);  
51 [https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-](https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Tabellen/einbuengerungen-bundeslaender-auslaendischebevoelkerung.html)  
52 [Umwelt/Bevoelkerung/Migration-](https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Tabellen/einbuengerungen-bundeslaender-auslaendischebevoelkerung.html)  
53 [Integration/Tabellen/einbuengerungen-bundeslaender-](https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Tabellen/einbuengerungen-bundeslaender-auslaendischebevoelkerung.html)  
54 [auslaendischebevoelkerung.html](https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Tabellen/einbuengerungen-bundeslaender-auslaendischebevoelkerung.html))  
55

56 In Hamburg ist die Einbürgerung zentral beim Amt für Mi-  
57 gration, Abteilung für Staatsangehörigkeits- und Einbür-  
58 gerungsangelegenheiten, organisiert. Mit der höchsten  
59 Einbürgerungsquote steht Hamburg im Ländervergleich  
60 seit Jahren bundesweit an der Spitze.

61  
62 In Berlin ist die Einbürgerungsverwaltung aufgeteilt. Für  
63 sog. Anspruchseinbürgerungen sind die Bezirke (Bürger-  
64 ämter), für Ermessenseinbürgerungen ist die Senatsver-  
65 waltung für Inneres zuständig. Die Bearbeitungszeiten in  
66 den Bürgerämtern sind seit Jahren unbefriedigend (vgl.  
67 [https://www.clara-west.de/content/schriftliche-anfrage-](https://www.clara-west.de/content/schriftliche-anfrage-aktuellen-entwicklung-wartezeit-termin-antragstellung-erwerb-deutsche-0)  
68 [aktuellen-entwicklung-wartezeit-termin-antragstellung-](https://www.clara-west.de/content/schriftliche-anfrage-aktuellen-entwicklung-wartezeit-termin-antragstellung-erwerb-deutsche-0)  
69 [erwerb-deutsche-0](https://www.clara-west.de/content/schriftliche-anfrage-aktuellen-entwicklung-wartezeit-termin-antragstellung-erwerb-deutsche-0)) Schon die Wartezeit für die erste  
70 Antragsberatung beträgt im Bezirksamt Charlottenburg-  
71 Wilmersdorf 10 Monate. Zudem kommt es aufgrund der  
72 geteilten Zuständigkeiten für dieselben Antragsteller\*in-  
73 nen häufig zu einer Doppelprüfung, wenn abgelehnte  
74 Anspruchsfälle von den Bezirken als Ermessensfall an  
75 die Innenverwaltung abgegeben werden, wo sie erneut  
76 geprüft und ggf. zurück an die Bezirke gegeben wer-  
77 den. Die Bürgerämter sind seit Jahren weder personell  
78 noch sachlich ausreichend aufgestellt, um die mitunter  
79 schwierigen Einbürgerungsfälle in angemessener Zeit zu  
80 entscheiden. Eine Einbürgerungskampagne – wie etwa in  
81 Hamburg – ist in Berlin mangels fehlender Kapazitäten  
82 nicht durchführbar. Mangel entsprechender Fachaufsicht  
83 über die Bezirke ist die Arbeit der Bürgerämter auch nicht  
84 zentral steuerbar. Wann und wie Anträge bearbeitet wer-  
85 den, ist dabei trotz gleicher gesetzlicher Voraussetzungen  
86 reine Glückssache, je nachdem in welchem Bezirk die  
87 Antragsteller\*innen zufällig wohnen.

88  
89 Ein Konzept sozialdemokratischer Migrationspolitik setzt  
90 bei der humanitären Hilfe für Geflüchtete und bei der Er-  
91 werbsmigration an, fördert die Integration und Partizipa-  
92 tion durch entsprechende Aufenthaltstitel und Teilhabe-  
93 rechte und schließt mit der Möglichkeit der Einbürgerung  
94 für diejenigen ab, die dies anstreben. Die Berliner SPD  
95 sollte nicht auf halbem Wege abbrechen, sondern Men-  
96 schen, die seit Jahren hier leben und arbeiten, eine schnel-  
97 le und unbürokratische Einbürgerung ermöglichen, um ei-  
98 ne gleichberechtigte Teilhabe und ein volles Wahlrecht zu  
99 eröffnen.

100  
101 Deshalb brauchen wir ein zentrales Einbürgerungszen-

102 trum in Berlin, in dem die personellen Ressourcen ge-  
103 bündelt werden und die Verfahrensdauer verkürzt wird.  
104 Die Synergien einer zentralen Behörde lassen sich beim  
105 Landesamt für Einbürgerung deutlich nachweisen, da die  
106 Verfahren zur Erteilung von Aufenthaltstiteln deutlich  
107 schneller und besser funktionieren und über die Fachauf-  
108 sicht der Innenverwaltung zentral gesteuert werden. Die  
109 Digitalisierung dieser Verfahren ist in einer zentralen Be-  
110 hörde ebenso leichter zu bündeln als in 12 verschiedenen  
111 Bezirken und einer Hauptverwaltung. Dabei ist eine Ver-  
112 netzung mit dem Landesamt für Einwanderung (LEA) mit  
113 einem Zentrum für Einbürgerung (EBZ) sachgerecht. Im  
114 LEA können diejenigen, die die Voraussetzungen für eine  
115 Einbürgerung erfüllen, entsprechend beraten und unmit-  
116 telbar an das EBZ vermittelt werden.

117

118 Zudem sollen die Voraussetzungen für eine Einbürge-  
119 rung durch eine Bundesratsinitiative geändert werden,  
120 um mehr Menschen eine Einbürgerungsoption zu eröff-  
121 nen. Die Dauer des Voraufenthalts, familiäre Gründe, feh-  
122 lende Entlassungsmöglichkeiten aus anderen Staatsange-  
123 hörigkeiten, Sprachkenntnisse und wirtschaftliche Siche-  
124 rungen des Lebensunterhalts und Ausnahmen für Einzel-  
125 fälle gehören dabei auf den Prüfstand mit dem Ziel, Ein-  
126 bürgerungen zu vereinfachen und zu beschleunigen.